

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Ein Energiepakt für Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird dazu aufgefordert, im Rahmen eines möglichen Zustandekommens des Energieversorgungsgesetzes auf einen Energiepakt mit dem Land Brandenburg hinzuwirken. Hierbei soll insbesondere der gemeinsame Aufbau von Erzeugungskapazität aus erneuerbaren Energiequellen sowie Ausbau und Nutzung der Netzkapazitäten im Vordergrund stehen.

Hierfür ist zu überprüfen, in welchen Rahmen ein Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg und möglicherweise anderen Ländern in Frage kommt, der den gemeinsamen Aufbau von Erzeugungskapazitäten und Netzen zum Gegenstand hat und sich im Sinne des Gesetzentwurfs zum Energieversorgungsgesetz die Zielsetzungen zu eigen macht.

Mittels eines Gutachtens sollen die Potenziale der Region Berlin-Brandenburg für die Erzeugung und die Verteilung erneuerbarer Energien ausgelotet werden. Auch soll das Gutachten herausstellen, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen für den Ausbau der Erzeugungskapazitäten auch von Seiten privatwirtschaftlich oder genossenschaftlich organisierter Akteure. Ein derartiges Gutachten sollte durch eine unabhängige Stelle durchgeführt werden und nach Fertigstellung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinsam mit dem Land Brandenburg sollte im Rahmen eines Energiepaktes zudem ein Zeitplan erstellt werden, der unter Berücksichtigung der bundespolitisch angestrebten Energiewende aufzeigt, wie genau der Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Berlin und Brandenburg aussehen könnte.

Im Rahmen des Energiepaktes soll der Senat zudem prüfen, wie der Bereich Energie als Querschnittsaufgabe in allen Verwaltungen sinnvoll integriert werden kann. Es wäre mithin

zu überprüfen, welche Akteure in Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft welche Kompetenzen einbringen können mit Hinblick auf die Energiewende. Dem Senat steht die Form einer gemeinsamen Beratung frei.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.04.2013 hierzu zu berichten.

Begründung

Im Bereich der Energieerzeugung wird Berlin allein die Energiewende nicht stemmen können. Da in Berlin allein nicht genügend geeignete Standorte für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen vorhanden sind, ist das Land auf die Nutzung externer Quellen angewiesen. Das Land Brandenburg bietet als wenig urbanisiertes Bundesland mit vielen Freiflächen deutlich mehr Möglichkeiten zur Erzeugung mit alternativen Energiequellen.

Die Energiewende kann zudem nur gelingen, wenn die Länder gemeinsam an einem Strang ziehen und Möglichkeiten der erweiterten Kooperation überprüfen, statt sich in Konkurrenz zueinander und gleichzeitig auch zum Bund einer teuren und zeitraubenden Kleinstaaterei hinzugeben. Auch würden sich wirtschaftlich positive Wohlfahrtseffekte erzielen, insbesondere mit dem Hinblick auf den Ausbau der Infrastruktur, die zur Erreichung der Energiewende vonnöten ist. Gleichzeitig soll durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Privatwirtschaft und auch die Forschung auch ein Anreiz entstehen, die Energiewende nicht nur durch staatlichen Druck voranzutreiben, sondern stattdessen auch unter wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten interessant zu machen. Die Entwicklung der Technologien zu Erzeugung, Speicherung und Transport und die Verbesserung der Energieeffizienzleistung in Haushalt und Industrie kann nur dann wirtschaftlich interessant werden, wenn hierfür gute Bedingungen geschaffen werden.

Auch aus diesem Grund soll die Verwaltung in mehrerlei Hinsicht aktiv in die Energiewende einbezogen werden. Ein wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen braucht ebenso eine effizient arbeitende Verwaltung – und gerade wenn Berlin und Brandenburg als Region für Forschung und Wirtschaft im Energiebereich interessant werden wollen, müssen auf dieser Seite die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Gleichzeitig soll durch die Schaffung der „Querschnittsaufgabe Energiewende“ auch innerhalb der verschiedenen Verwaltungen sowohl ein Bewusstsein für die verschiedenen Dimensionen der Energiewende geschaffen werden als auch die Möglichkeit gegeben, die Vielzahl der von der Energiewende berührten Lebensbereiche effektiv einzubeziehen.

Berlin, den 04.12.2012

Mayer Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion